

Baden-Württemberg

für unsere Heimat
für unsere Werte



Landtagswahlprogramm 2016
der REPUBLIKANER (REP) Baden- Württemberg
www.rep-bw.de

Inhaltsverzeichnis

01. Präambel

02. Staat und Gesellschaft

03. Masseneinwanderung stoppen

04. Sicherheit stärken - Verbrechen bekämpfen

**05. Familie als Keimzelle unserer Gemeinschaft
schützen**

06. Arbeit und Soziales

07. Erziehung, Bildung und Kultur

08. Infrastruktur stärken - für Solidarpakt Südwest

09. Agrarpolitik und Forstwirtschaft

10. Energie und Umwelt

11. Arbeitsplatzsicherung und Wirtschaftspolitik

1. Präambel

Der mit Bedacht ausgewählte Name unserer Partei DIE REPUBLIKANER enthält unser Programm bereits in Kurzform.

Die sich aus diesem Namen ergebenden Grundüberzeugungen waren und sind dies selben: die **freiheitliche, soziale und demokratische Staatsauffassung**, verbunden mit einer **patriotischen Grundhaltung**, die sich im Bewusstsein der Notwendigkeit nationaler Identität, in Respekt und Achtung vor anderen, primär für die Wohlfahrt des eigenen Volkes und Vaterlandes einsetzt.

Auch die Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland stehen in dieser guten Tradition. Der Bundespräsident, der oder die Bundeskanzler (in) und alle Bundesminister leisten deshalb bei ihrem Amtsantritt einen gut republikanischen Eid, dessen zentraler Inhalt lautet:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volks widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden... werde.“

(Art.56 GG).

Auch die Mitglieder der Landesregierung von Baden-Württemberg leisten einen analogen Eid (Art. 48 Landesverfassung).

Mit Schrecken beobachten wir, wie weite Teile der verantwortlichen Politiker von anderen Motivationen als dem Wohl des deutschen Volkes getrieben werden und damit ihren Amtseid mit Füßen treten.

Besonders krass und unübersehbar wird die sträfliche Vernachlässigung des Amtseides in der Ausländer- und Asylpolitik, der Inneren Sicherheit sowie der Energiepolitik.

Wir REPUBLIKANER halten angesichts dieser verantwortungslosen Missachtung unbeirrt am Wortlaut des Eides fest.

Dies ist unsere Verpflichtung aller Politik: den Nutzen des deutschen Volkes mehren und Schaden von ihm zu wenden. Auch in diesem Punkt können die REPUBLIKANER gerade als **die Grundgesetzpartei** gelten.

Mit Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass gerade in letzter Zeit die brennende Aktualität republikanischen Gedankenguts überdeutlich hervortritt.

Wir sehen zum Beispiel in Schottland, in Katalonien oder im kurdischen Nordirak, wie die Völker nach einem eigenen Freistaat und nach nationaler Identität streben.

Die Zeit geht zu ende, in der selbsternannte linke Intellektuelle suggerieren konnten, dass Geist und Bildung stets nur auf der Seite eines künstlichen, die Realitäten von Nation und Volk negierenden Internationalismus zu finden seien.

Dem von den etablierten Parteien erklärten und verfolgten Ziel der multikulturellen Gesellschaft setzen wir die Idee der Nation entgegen.

Wir REPUBLIKANER verstehen uns in diesem Sinne als die höchst aktuelle Avantgarde einer Geisteshaltung, die sich von angemaßter linker intellektueller Bevormundung befreit und mit unbefangener Natürlichkeit dringend benötigte Politik nach republikanischen Grundsätzen betreiben.



2 . Staat und Gesellschaft

Wir REPUBLIKANER bekennen uns zur **freiheitlich-demokratischen Grundordnung** und zum **pluralistischen Rechtsstaat**, so wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bzw. in der Landesverfassung von Baden-Württemberg niedergelegt sind.

Aus dem Amtseid ergibt sich aus Sicht der REPUBLIKANER zwingend eine patriotische Grundhaltung.

Diese patriotische Grundhaltung ist nach unserem Verständnis mit dem Begriff der nationalen Identität verknüpft, der keine Wiederbelebung überkommener Inhalte bedeutet, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für das Wohl des eigenen Volkes darstellt. Ein Verzicht auf nationale Identität zieht aus unserer Sicht den Verlust solidarischen Verhaltens nach sich, das eine der Grundvoraussetzungen für das Funktionieren eines Staatswesens darstellt.

Mit Sorge beobachten wir REPUBLIKANER, dass solidarisches Verhalten in unserer Gesellschaft mehr und mehr zugunsten eines entfesselten Individualismus zurückgedrängt wird.

Aus dieser Einsicht entstand der Parteiname DIE REPUBLIKANER. Er leitet sich von der altrömischen „res publica“, dem Dienst an der Gemeinschaft, ab.

Die Betonung des Gemeinwohles ist eine bewusste Antwort auf die zunehmende Individualisierung unserer Gesellschaft, die eine Gefahr für den Bestand jeder Demokratie in sich birgt. Dies deshalb, weil dem nur auf seinen eigenen Vorteil bedachten Individuum ein solidarisches Gemeinschaftsbewusstsein abgeht und damit letztlich auch das Interesse am Erhalt der Demokratie.

Ohne Gemeinschaftsbewusstsein lässt sich weder eine solidarische, friedliche Gesellschaft noch der Erhalt unserer Lebensgrundlagen verwirklichen.

Wir REPUBLIKANER sind der Auffassung, dass vom Staat dann nicht mehr ernsthaft gesprochen werden kann, wenn keine genügend starke organisierte Instanz das Gemeinwohl wirksam vertritt.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Rede von der „multikulturellen Gesellschaft“, welche die Auflösungs- und Vereinzelungstendenzen in unserer Gesellschaft weiter verstärkt.

Die Forderung nach einer „multikulturellen Gesellschaft“ fußt auf der Lehre eines „humanitären Universalismus“, der aus Sicht der REPUBLIKANER den Geist unserer Verfassung in unzulässiger und zerstörerischer Art und Weise unterläuft.

Ideologisch wird die Lehre des „humanitären Universalismus“ mit der sogenannten „politischen Korrektheit“ durchgesetzt, die angeblich die sprachliche Diskriminierung von Minderheiten unterbinden soll.

In Wirklichkeit schaffen die selbsternannten Anwälte der „politischen Korrektheit“ ständig neue Tabuzonen, für die verbindliche Sprachregelungen geschaffen werden.

Wir REPUBLIKANER wehren uns nachdrücklich gegen jeden Versuch, die Meinungsfreiheit im Namen einer wie immer gearteten „Emanzipation“ von Minderheiten auszuhebeln. Wir sehen darin nicht nur den Versuch, politisch Andersdenkende zu diffamieren und moralisch zu diskreditieren, sondern auch die Gefahr eines neuen libertären Totalitarismus.

Dieser neue Totalitarismus tarnt sich mit dem Mäntelchen einer angeblich liberalen und demokratischen Toleranz und stellt doch in Wirklichkeit ein neues geistiges Blockwartssystem dar. Wer die „Stigmatisierung“ zur zulässigen Methode der politischen Auseinandersetzung erhebt, erweist sich als Feind der Demokratie!

3. Masseneinwanderung stoppen

Wir REPUBLIKANER fordern den Stopp der illegalen Masseneinwanderung. Die bisherigen Maßnahmen von Bundes- und Landesregierung zur Eindämmung des Ansturms von Migrant*innen waren wirkungslos.

Der Schutz der Außengrenzen der EU war und ist nur unzureichend und hat auch in Zukunft wenig Aussicht auf Erfolg. Die allermeisten EU-Mitgliedsstaaten wollen zudem auch keine oder nur sehr wenige Einwanderer aufnehmen. Eine europäische Lösung ist damit nicht in Sicht.

Ohne Einschränkung oder Abschaffung der Klagemöglichkeiten im Asylverfahren wird es außerdem keine wirkliche Beschleunigung der Entscheidungen geben, das Bleiberecht zu klären.

Wir REPUBLIKANER haben stets die Gewährung von Asyl für tatsächlich Verfolgte verteidigt. Hieran soll sich nichts ändern.

Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass sich der Asylkompromiss nicht bewährt hat.

Wir REPUBLIKANER fordern daher:

die ersatzlose Streichung des Art.16 a GG.

Eine einfach gesetzliche Regelung des Asylrechts in einem Zuwanderungs-Begrenzungs-Gesetz (ZBG), in welchem die Voraussetzungen und Modalitäten für die Gewährung politischen Asyls geregelt werden.

Hierzu zählen:

Kein Asylanspruch und sofortige Abschiebung bei vorausgegangenem Aufenthalt oder Zwischenstopp in einem Staat, bei dem keine Verfolgung drohte, oder bei bereits erfolgter Ablehnung in einem anderen Staat.

Ausschließliche Unterbringung in grenznahen Sammelunterkünften mit Aufenthaltsbeschränkung auf diesen Bereich.

Ausschließliche Gewährung von Sachleistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes für die gesamte Dauer des Asylverfahrens.

Unverzügliche und ausnahmslose Abschiebung von abgelehnten oder straffälligen Asylbewerbern bei offensichtlichem Asylmissbrauch.

Kein ersessenes Aufenthaltsrecht durch – wie auch immer - definierte „Altfall“-Regelungen.

Heranziehung von Asylbewerbern zu gemeinnützigen Arbeiten für die Dauer ihres Asylverfahrens.

Ausschluss einer Familienzusammenführung bis auf Weiteres.

Alle nicht aus Kriegsgebieten kommenden Migranten müssen künftig ihre Anträge bei den deutschen diplomatischen Vertretungen in den Heimatländern stellen und dort entscheiden lassen.

Nach Beendigung der Kampfhandlungen in den Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten muss innerhalb einer festzusetzenden kurzen Frist die Rückführung in die Heimatländer angeordnet werden.



4. Sicherheit stärken, Verbrechen bekämpfen

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates.

Sowohl die **grün-rote Landesregierung**, als auch ihre **CDU geführte Vorgängerin** haben durch **Kürzungen schwere Versäumnisse** im Bereich der **Inneren Sicherheit auf sich geladen**.

Dabei wurde nicht zur Kenntnis genommen, dass aufgrund schwerwiegender Versäumnisse und innenpolitischer Fehlentwicklungen ein gesellschaftlicher, moralischer und ethischer Werteverlust entstanden ist, der ohne konsequentes Gegensteuern mittel- bis langfristig zum vollständigen Werteverfall führen wird.

Wir REPUBLIKANER fordern daher:

Die Politik muss endlich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates zurückgewinnen.

Die Sicherheitsbehörden von Polizei und Justiz sind durch eine wirksamere Personal-, Sachmittel- und Rechtsnormenausstattung endlich in die Lage zu versetzen, der aktuellen Bedrohungslage in der Inneren Sicherheit entschiedener begegnen zu können.

Am Gewaltmonopol des Staates muss unbeirrt festgehalten werden. Die Sicherheit des einzelnen darf nicht zur Kostenfrage werden.

Die Polizei als Trägerin des inneren staatlichen Gewaltmonopols bedarf einer erheblichen personellen Aufstockung, einer Ausstattung mit modernsten Waffen und leistungsstarken Fahrzeugen und einer Unterbringung in sachgerechten und bürgernahen Räumlichkeiten.

Um Anreize bzw. Motivation zur Tatwiederholung bei Straftätern auszuschließen, ist von mehrfachen Bewährungsstrafen grundsätzlich abzusehen.

Eine Aufstockung des Justizvollzugspersonals und bessere, leistungsgerechte Bezahlung durch Zulagen.

Eine Verschärfung des Strafrechts für Kinderschänder.

5. Die Familie als Keimzelle unserer Gemeinschaft stärken

Grundlage unserer Familienpolitik ist der in Artikel 6 des Grundgesetzes verankerte **besondere Schutz der Ehe zwischen Mann und Frau sowie der Familie**.

Die aus der Ehe hervorgehenden Kinder sichern die Fortexistenz des Volkes, deshalb kann die **Familie** zu Recht als **Keimzelle unserer Gemeinschaft** bezeichnet werden.

Darüber hinaus ist sie von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung und das Leben eines jeden Menschen.

Sie gibt Geborgenheit und Halt, insbesondere in einer Zeit des Verfalls traditioneller Werte und sich auflösender Sozialstrukturen.

Nur im Familienleben können Kinder Gemeinsinn entwickeln und zu starken, lebensstüchtigen Persönlichkeiten heranreifen.

Ehe und Familie dürfen deshalb nicht der Beliebigkeit preisgegeben werden, sondern sind durch staatliches Handeln aktiv und vorrangig vor anderen Formen der Lebensgestaltung zu fördern.

Die Gleichstellung sogenannter Schwulen- und Lesben mit der Familie lehnen wir aus diesem Grund ab.

Wir REPUBLIKANER sagen JA zur Ehe, JA zur Familie und JA zu Kindern. Die bisherige Familienpolitik wird unserer Wertschätzung der Familie in keiner Weise gerecht.

Wir REPUBLIKANER fordern:

Ehe, Familie und Kinder sind gemäß ihrer existentiellen Bedeutung ideell aufzuwerten und von staatlicher Seite als erstrebenswertes und positives Ziel herauszustellen.

Ebenso ist die damit verbundene Hausarbeit und Kindererziehung aufzuwerten.

In den ersten drei Lebensjahren ist die vertrauensvolle Bindung an die Eltern oder eine feste, liebende Persönlichkeit wichtiger als eine „frühkindliche Bildung“.

Dazu ist ein dreijähriges, einkommensunabhängiges Landeserziehungsgeld anzubieten.

Eine Nebentätigkeit von bis zu 19 Arbeitsstunden sollte mit dem Erziehungsgeldbezug vereinbar sein.

Das derzeitige Elterngeld, dessen Höhe vom vorangegangenen Einkommen abhängt, verleitet dazu, dass die Familiengründung zeitlich hinausgeschoben wird oder nicht selten ganz unterbleibt (Etwa 30% der Akademikerinnen bleiben kinderlos).

Kindergartenplätze sollten grundsätzlich gebührenfrei sein (wie z.B. in Rheinland-Pfalz). Die Kommunen sind über den Landeshaushalt entsprechend zu entlasten.

Die schöpfungswidrige Gender-Ideologie lehnen wir ab. Landesmittel, die dafür eingesetzt sind, sind ersatzlos zu streichen.

WWW.REP.DE

Fremd im eigenen Land Mit uns nicht!

DIE REPUBLIKANER

REP

RICHTIG EHRliche POLITIK

QR CODE

© 2018 REPUBLIKANER

6. Arbeit und Soziales

Wir REPUBLIKANER bekennen uns zur historischen Entwicklung und zu den Grundsätzen unseres Sozialleistungssystems Bismarckscher Prägung als Grundlage deutscher Sozialpolitik.

Wir fühlen uns dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes besonders verpflichtet. Darüber hinaus hat die verfassungsmäßige Ordnung des Landes den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates zu entsprechen.

Wir Republikaner sind der Auffassung: Solidarität kann es nicht grenzenlos geben. Der demokratische Sozialstaat kann nur national gedacht werden, da in ihm die Überschaubarkeit der sozialen Schichten unseres Volkes zum Ausdruck kommt.

Solidarität über alle Grenzen hinweg verliert ihren Sinngehalt und ihre Akzeptanz.

Soziales Verhalten lässt sich nur innerhalb einer gewachsenen Solidargemeinschaft als Norm praktisch verwirklichen.

Trotz der verfassungsrechtlichen Vorgaben ist unser Sozialstaat in großer Gefahr. Demografische Prozesse, wirtschaftliche Entwicklungen und die Erosion unseres Wertesystems tragen dazu bei, dass die finanziellen Gleichgewichte der einzelnen Leistungssysteme gestört sind.

Anstatt die Ursachen der Krise zu bekämpfen, versucht die Politik, die Symptome mit administrativen Maßnahmen zu unterdrücken.

Wir REPUBLIKANER fordern :

Eine stärkere Selbstbindung des Gesetzgebers an die Gestaltungsmaximen der Sozialpolitik, um eine höhere Stetigkeit und Verlässlichkeit in das Leistungssystem zu erreichen.

Eine Offenlegung der Verteilungsmuster der einzelnen Systeme und deren gegenseitigen Abhängigkeiten und darauf aufbauend eine Neuabgrenzung sozialer Risiken und Tatbestände.

Eine Unterbindung des Missbrauchs von Sozialleistungen. Dabei ist nicht nur die Nehmer-, sondern auch die Gebermentalität, insbesondere bei sozialen Hilfen und Diensten, miteinzubeziehen.

Trägervielfalt darf sich nicht nur auf die Freien Träger der Wohlfahrtspflege beziehen, sondern muss auch die privat-gewerblichen Träger umfassen.

Abbau der Sozialbürokratie.

Zur Vermeidung bzw. Eindämmung von Verteilungskonflikten und zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von Unternehmen zu stärken, fordern wir neue Anstöße, um über Investivlöhne und andere Formen freiwilliger Beteiligungsmodelle Arbeitnehmer am Produktivkapital zu beteiligen.

Ein umfassendes Landesprogramm, das in der Lage ist, die Armutssituation und die Städteproblematik in Zusammenarbeit mit den Kommunen innerhalb einer überschaubaren Zeit einer sozialen Lösung zuzuführen.

Behinderte müssen individuelle Möglichkeiten erhalten, ihren Wohn-, Lebens- und Arbeitsbereich so selbständig wie möglich zu gestalten.

Die Inklusion muss lebensnah gestaltet werden. Sie darf nicht aufgrund einzelner egoistischer Forderungen überzogen werden. Aufwand und Zweck (für den Behinderten) müssen in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen.

7. Erziehung, Bildung und Kultur

Erziehung und Bildung sind wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung. Eine verantwortungsbewusste Kultuspolitik muss darauf ausgerichtet sein, durch Erziehung und Wissensvermittlung die Bildung der Persönlichkeit im Sinne einer harmonischen Gesamtentwicklung und Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und Begabungen zu fördern.

Die Einheit und Identität unseres Volkes spiegelt sich in Sprache und Literatur, Kunst und Musik, in Geschichte und Tradition, in der Lebensweise und Im Denken.

Wir REPUBLIKANER bemühen uns darum, in der Bildungs- und Kulturpolitik Bewährtes zu schützen und es zukunftsorientiert weiterzuentwickeln. Hierzu zählen besonders die Sicherung unserer Kultur sowie der Schutz unserer Jugendlichen und Kinder.

Wir REPUBLIKANER setzen uns für ein gegliedertes Schulsystem ein, weil dieses den unterschiedlichen Begabungen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Interessen der Schüler am besten gerecht wird.

Wir sehen in den Privatschulen eine Bereicherung des Erziehungs- und Bildungsangebotes. Sie erhöhen die Wahlmöglichkeiten und damit die Entscheidungsfreiheit der Eltern und Schüler.

Fundamentaler Schwerpunkt der Bildung muss das Erlernen unserer Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen sein.

Die starke Zunahme der Schülerzahlen in Baden-Württemberg führt zu einer unerträglichen Belastung unserer Erziehungs- und Bildungseinrichtungen.

Diese Entwicklung ist auf die steigende Zahl von ausländischen Schülern aufgrund von Massenzuwanderung zurückzuführen.

Ohne Beschränkung der Zuwanderung bleiben alle diesbezüglichen Anstrengungen von Land und Kommunen vergebens.

Wir REPUBLIKANER sind entschieden gegen die ideologischen Indoktrination durch den Bildungsplan der grün-roten Landesregierung und fordern dessen sofortige Rücknahme. Sexualekundeunterricht muss altersgerecht erfolgen. Eine Frühsexualisierung ist entschieden abzulehnen.

Darüber hinaus fordern wir eine Herstellung der Lehrmittelfreiheit und eine Abschaffung der Elternbeiträge zur Schülerbeförderung.

Wir sind auch der Überzeugung, dass sich die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung durch die Landesregierung nicht bewährt hat und fordern deren Wiedereinführung.

Bei der **Berufsbildung** setzen wir uns für den Erhalt des bewährten dualen Systems ein. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Bedarfs an qualifizierten Handwerkern und Facharbeitern müssen Berufsschulen und Betriebe gleichberechtigte Partner sein.

Die bewährte Aufgliederung der Hochschullandschaft in Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen und Berufsakademien muss beibehalten werden.

Wir REPUBLIKANER bedauern, dass die im Zuge einer europaweiten Harmonisierung der Bildungsabschlüsse (Bologna-Prozess) erfolgte weitgehende Abschaffung der weltweit erfolgreichen Diplomabschlüsse zu einer Senkung des Standards deutscher Hochschulabschlüsse geführt hat.

Hier ist ein Gegensteuern notwendig.

8. Infrastruktur stärken – Solidarpakt Südwest notwendig

Unser Baden-Württemberg ist über Generationen mit einer **dezentralen Strukturpolitik** gut gefahren.

Anders als in Bayern, wo die Landeshauptstadt München schon immer dominiert, gibt es in unserem Land keine nur auf Stuttgart zugeschnittene Politik.

Dies war lange erfolgreich und hat auch dazu geführt, dass es im Land keine wirklich armen, benachteiligte Ecken mehr gibt.

Mit den Fachhochschulen wurde z.B. auf dem flachen Land erfolgreiche, dezentrale Bildungs- und Wirtschaftspolitik betrieben.

Jeder Dritte lebt in Baden-Württemberg auf dem Land und lebt vergleichsweise gut dort.

Doch dies Balance zwischen den städtischen Großräumen und dem ländlichen Raum ist bedroht. Wir erleben zur Zeit wieder eine Zurückbewegung in die Städte.

In drei Infrastrukturbereichen gibt es Krisenzeichen, einen Nachholbedarf, der zusammen ohne Gegensteuern schnell zu einer Abwärtsspirale führen kann.

Nummer eins: Die leistungsfähige Netzanbindung

Wo sie fehlt, und sie fehlt im ländlichen Raum fast noch überall, wird es schwer für die auf Datenaustausch basierende „Industrie 4.0“.

Baden-Württemberg riskiert ohne raschen Ausbau der Breitbandnetze seine Stellung als Produktionsstandort.

Denn viele mittelständische Zulieferer von international operierenden Konzernen sitzen dezentralisiert auf dem Land und tun sich dort schwer mit der Gewinnung von hochqualifiziertem Personal.

Der akademische Nachwuchs zieht eher in die Ballungsräume Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim-Heidelberg, Freiburg und Ulm, anstatt auf die Baar, an die Tauber oder in den Odenwald und orientiert sich wegen der Karrierechancen lieber an den großen von Daimler bis Bosch als am niedrigeren Immobilienpreis auf dem Dorf.

Ohne schnellen Datenaustausch gibt es keinen Heimarbeitsplatz und die zunehmend verfallende Infrastruktur macht das Pendeln immer schwerer.

Nummer zwei: Die medizinische Grundversorgung

Der Staat bildet für teures Geld erst junge Menschen aus, die danach oft lieber ins Ausland (z.B. Schweiz) wechseln als auf die Alb oder nach Hohenlohe.

Dies geschieht oft nicht nur wegen des Geldes, sondern auch weil die Arbeitsbedingungen woanders besser sind.

Der ländliche Raum blutet dadurch aus, da vor allem junge, engagierte Leute weggehen.

Nummer drei: Die Verkehrswege

In Baden-Württemberg sind die Straßen vergleichsweise besonders schlecht. Es fehlt an neuen Ost-West-Verbindungen,

z.B. aus den Räumen Schwäbisch Hall – Hohenlohe, Ulm-Ostalb oder Biberach-Ravensburg in den Stuttgarter Raum oder in die badischen Wirtschaftszentren.

Es fehlt weiter am Erhalt und Unterhalt alter Brücken und Straßen, es mangelt am Ausbau der Gäubahn von Stuttgart in Richtung Bodensee bis zur Südbahn über Ulm nach Oberschwaben.

Jedes Jahr fehlen 2 bis 3 Milliarden Euro für die Sanierung von Straße, Schiene und Wasserwegen.

Ohne Gegensteuern droht folgende Entwicklung: Erst geht die Industrie, dann der Arzt und dann der Bäcker oder Metzger. Schließlich will kaum jemand mehr dort wohnen.

Wir REPUBLIKANER meinen, dass mittelfristig ohne kraftvolles Gegensteuern unser ländlicher Raum droht auszubluten.

Bund und Land müssen sich mutig gegen den Verfall der Infrastruktur stellen und entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Wir REPUBLIKANER fordern eine Umstrukturierung des Solidaritätszuschlag schon für 2016 mit dem Ziel, anteilige Mittel für den Solidarpakt Südwest frei zu bekommen.

Nur so kann die Basis unseres Wohlstandes in Baden-Württemberg erhalten werden.



9. Agrarpolitik und Forstwirtschaft

Allgemeines: Für uns Republikaner ist die Existenzsicherung tüchtiger, selbständiger Unternehmer, unter denen die Landwirte noch eine große Gruppe bilden, ein besonderes Anliegen, auch dann, wenn die Landwirtschaft nur im Nebenberuf betrieben wird.

Die gute Eigentumsstreuung beim Boden, wie sie in Südwestdeutschland in der großen Zahl landwirtschaftlicher Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe zum Ausdruck kommt, gilt es vor zunehmender Konzentration zu schützen. Mit Sorge betrachten wir den ständigen Rückgang der Zahl bäuerlicher Existenzen in unserem Land und das Aufkommen industrieartiger landwirtschaftlicher Großanlagen in einigen anderen Gebieten Deutschlands.

Die Agrarpolitik ist der Bereich der Wirtschaftspolitik, der in der EU am stärksten vereinheitlicht ist. Dabei hat sich im Verlauf der Jahrzehnte die Agrarpolitik stark gewandelt: Marktordnungen mit Preisstützung und Außenschutz sind so gut wie verschwunden zugunsten liberalisierter internationaler Märkte, verbunden mit deutlichen Preisrückgängen. Deshalb sind direkte

flächenbezogene Zuwendungen zu einem unverzichtbaren Bestandteil der meisten landwirtschaftlichen Einkommen geworden. Diese Zuwendungen sind an einige Auflagen gebunden.

Die Gemeinsame Agrarpolitik lässt den Bundesländern aber noch einen agrarpolitischen Gestaltungsspielraum für weitere Programme, auch wenn sie von der EU genehmigt werden müssen.

Zielsetzungen:

Landesförderprogramme: Bereits in den 90-er Jahren hat die Republikaner-Fraktion unter Dr. Schlierer im Landtag eindeutig das damalige Umweltprogramm MEKA befürwortet.

Entsprechend gilt auch unsere Zustimmung zum Nachfolgeprogramm FAKT = Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl. Wie zuvor beim MEKA kann der Landwirt aus einer Liste einzelne für seinen Betrieb geeignete Maßnahmen auswählen. Nach unserer Ansicht sollte das Programm auf solche Verpflichtungen reduziert werden, die leicht zu kontrollieren sind. Wenn z.B. in Grünlandbetrieben das Verhältnis zwischen Viehbestand und Grünlandfläche nicht überhöht ist, sollte auf das Weidetagebuch und die aufwendigen vegetationskundlichen Grünlandbegehungen verzichtet werden.

Es sollte überhaupt alles getan werden, um den zu großen und zunehmenden Bürokratieaufwand für Landwirt und Verwaltung zu reduzieren.

Grünlandumbruch: Das von der Landesregierung erlassene Umbruchverbot lehnen wir aus Respekt vor dem Eigentum ab. Es gibt immer wieder Betriebe, in denen durch Aufgabe der Viehhaltung kein Grünland mehr benötigt wird. Das meiste Grünland ist sowieso ungefährdet, da es sich vorwiegend in den Höhenlagen konzentriert, wo ein Übergang zur Ackernutzung natürlicherweise entfällt.

Tierschutz: Dieser war schon immer ein wichtiges Anliegen unserer Partei. Im Vordergrund der allgemeinen öffentlichen Kritik stehen verbreitete Mängel in der Schweine- und Geflügelhaltung.

Von der Landesregierung ist zu fordern, dass es dort durch ein Anreizprogramm schrittweise zu Verbesserungen kommt. Mit dem FAKT wurde damit begonnen. Der entsprechende Teil des Programms sollte aber ausgeweitet werden.

Darüber hinaus begrüßen wir, dass das Agrar-Investitionsförderprogramm des Landes einen Schwerpunkt auf besonders tiergerechte Ställe legt.

Flächengebundene Nutztierhaltung: Neu aufzubauende Anlagen zur Nutztierhaltung sollten nur genehmigt werden, wenn der Viehbesatz 2 Großeinheiten je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche nicht übersteigt.

Forstwirtschaft:

Das Bundeskartellamt hat dem Land die gebündelte Holzvermarktung aus Staats-, Kommunal- und Privatwald durch die ForstBW des Landes untersagt.

Dass Minister Bonde gegen diese Entscheidung Rechtsmittel eingelegt hat, halten wir für richtig.

Das Bundeskartellamt betrachtet den Wald ausschließlich als Standort zur Holzproduktion. Aber der Wald ist viel mehr und hat vielfältige Aufgaben, die bei der forstwirtschaftlichen Nutzung zu beachten sind. Deshalb hat es sich bewährt, dass sich der Staat auch um kommunale Wälder und den Wald der zahlreichen kleinen Waldbesitzer kümmert. Diese Regelung gilt es zu bewahren.

Unnötige bürokratische Aufforstungshemmnisse sind abzubauen. Häufig geht es dabei um Steillagen, die landwirtschaftlich schwer zu bewirtschaften sind. Auch hier geht es um den Respekt vor dem Privateigentum.

Gentechnik:

Den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzensorten (GVO) lehnen wir ab. Zudem würde eine Koexistenz mit dem Anbau normaler Sorten trotz festgelegter Mindestabstände zu häufigen gerichtlichen Auseinandersetzungen führen.

Es ist eine bundesweit einheitliche Regelung anzustreben, wenn es auf EU-Ebene zu keiner Einigung kommt.

„Landnahme“ durch Schweizer Landwirte:

Im Grenzgebiet zur Schweiz können Schweizer Landwirte landwirtschaftliche Flächen pachten und kaufen und die geernteten Früchte in der Schweiz zu deutlich höheren Preisen als in Deutschland vermarkten. Diese Regelung geht auf das Schweizerisch-deutsche Grenzabkommen aus dem Jahre 1958 zurück und führt immer wieder zur Unzufriedenheit bei badischen Landwirten, die häufig bei den gebotenen hohen Pacht- bzw. Kaufpreisen nicht konkurrieren können.

Wir REPUBLIKANER fordern, dass sich die Landesregierung beim Bund für eine Revision des Abkommens einsetzt, damit gleiche Bedingungen für die Landwirte beider Seiten gelten.

10. Energie und Umwelt

Der Erhaltung und Bewahrung einer lebenswerten Umwelt für die kommenden Generationen muss gegenüber kurzfristigem Gewinnstreben Vorrang eingeräumt werden.

Umweltpolitik darf deshalb nicht länger als Mittel zum Zwecke der Schadensbegrenzung verstanden werden, sondern muss vorrangig auf die Schadensvermeidung ausgerichtet sein.

Wir stellen ausdrücklich fest, dass erfolgreiche Umweltpolitik bei anhaltender Masseneinwanderung nicht möglich ist.

Mehr Menschen benötigen mehr Wohnraum (Boden), erzeugen mehr Müll und benötigen mehr Energie.

Wir REPUBLIKANER fordern :

- die vorhandenen Ressourcen in der Wirtschaft und bei den Verbrauchern so sparsam wie möglich zu gebrauchen und zu verbrauchen.
- Die Mindestlebedauer von Industriegütern und die Wiederaufarbeitung gebrauchter Rohstoffe drastisch heraufzusetzen.
- Den Artenschutz zu fördern.
- Industrie- und Wohnbrachen zu renaturieren.

Ziel einer **verantwortungsvollen Energiepolitik** muss eine **umweltfreundliche, wirtschaftliche und krisensichere Erzeugung und Entsorgung sein.**

Dazu ist auch weiter ein Energiemix notwendig. Eine alleinige Orientierung auf regenerative Energien ist zu teuer und zu riskant.

Windkraft kann an der Küste einen wichtigen Beitrag liefern. In Baden-Württemberg kann sie aber keinen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten.

Wir REPUBLIKANER lehnen eine Verschandelung bzw. Verspargelung unserer Heimat mit Windkraftanlagen entschieden ab.

11. Arbeitsplatzsicherung und Wirtschaftspolitik

Wir Republikaner stehen für eine marktwirtschaftliche Ordnung, welche die freie Initiative des Einzelnen mit den Grundsätzen sozialen Fortschritts verbindet.

Weder Laissez-faire noch staatlicher Dirigismus sind in der Lage, die Zukunftsprobleme zu lösen, die der wirtschaftliche Strukturwandel mit sich bringt.

Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die in stärkerem Maße als bisher die Entscheidungen auf mittelfristige Sicht anlegt und strategisch durchhält. Wirtschaftspolitische Aktionismus verunsichert Konsumenten und Investoren.

Die Tendenz zu immer größeren Unternehmenseinheiten ist nicht zu übersehen. Auch von der EU gehen zusehens ökonomische Zwänge zu Fusionen auf Angebotsseite aus.

Das Nachsehen bei diesem Prozess der Globalisierung haben der Mittelstand und das Handwerk, die schwerpunktmässig binnenwirtschaftlich ausgerichtet sind, aber auch viele Zulieferfirmen, die den Konzerngiganten als Nachfragemonopolisten weitgehend ausgeliefert sind.

Im Interesse der Verbraucher, des Mittelstands und des Handwerks fordern wir daher auf nationaler und europäischer Ebene eine strenge Kartellgesetzgebung, um eine weitere wirtschaftliche Konzentration zu vermeiden.

In einer europäisch-zentralistischen Industriepolitik der Fördertöpfe und der öffentlichen Auftragsvergabe an die Großindustrie sehen wir die Gefahr gigantischer Mittelverschwendung, bürokratischer Fehlallokation sowie der Durchsetzung von stark organisierten Einzelinteressen.

Eine weitere Gefährdung für unsere Wirtschaft und Souveränität sehen wir im **TTIP** (Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen) und **TISA** (Transatlantisches Dienstleistungsabkommen). Hier plant die EU-Kommission gemeinsam mit der US-Regierung eine sehr weitgehende Übertragung von Souveränitätsrechten und Staatsfunktionen auf demokratisch nicht legitimierte private Einrichtungen und Gerichte.

Wir REPUBLIKANER lehnen diese Vorhaben entschieden ab.

Wir REPUBLIKANER wollen die Förderung von Neugründungen von Unternehmen sowie die Innovation in Klein- und Mittelbetrieben stärker an regionalpolitischen Gesichtspunkten nach dem Konzept dezentraler Wachstumspole ausrichten.

Wir meinen weiter, dass massive Zuwanderungen den technischen Fortschritt, die gesamtwirtschaftlichen Pro-Kopf-Leistungen und damit für die soziale Wohlfahrt vermindern. Die zunehmende Diskrepanz zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen durch Zuwanderungen wird den Lebensstandard der Arbeitnehmer im Vergleich zu den Kapitaleignern weiter verschlechtern.

Wir REPUBLIKANER vertreten daher die Ansicht, dass massive Zuwanderungen zu einer sozial ungerechten Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitseinkommensbezieher führen, wobei die unteren Lohngruppen besonders betroffen sind.

Wir wehren uns dagegen, dass diejenigen, welchen diesen Sachverhalt darlegen, als „ausländerfeindlich“ diffamiert werden.

Wir REPUBLIKANER treten dafür ein, dass die Ansprüche einer Vielzahl partikularer Interessen zum Wohle des Ganzen beschnitten werden. Wir stehen deshalb für eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, ohne auf Interessengruppen oder Lobbyisten einzugehen.

Steuerermehreinnahmen sind zur Entschuldung einzusetzen.

